

Anlage 1

**Antrag auf Gewährung einer Zuwendung zur Förderung
der betrieblichen Berufsausbildung im Verbund
aus Mitteln des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit des Landes Nordrhein-
Westfalen**

Ausbildungsverbund:

(Betrieb/Bildungsträger, der den Ausbildungs-
vertrag abschließt/Koordinator/in
des Verbundes.)

Adresse:

Telefon:

Telefax:

Rechtsform:

(falls nicht anderweitig erkennbar)

vertreten durch¹:

zuständige/r Bearbeiter/in beim Antragsteller:

Bankverbindung für die Auszahlung der Zuwendung:

Kreditinstitut:

Bankleitzahl:

Kontonummer:

Anzahl der Beschäftigten² zum Zeitpunkt der Antragstellung:

I. Kurze Darstellung zur Organisation des Ausbildungsverbundes:

ggf. auf separatem Blatt

¹ Soweit es sich bei dem/der Antragstellerin um eine juristische Person bzw. nicht rechtsfähige Personenmehrheit handelt, ist der verantwortliche bzw. gesetzliche Vertreter zu benennen.

² Personen, die in Betrieben, Unternehmen oder Arbeitsstätten tätig sind und entweder in einem Arbeitsvertrags- bzw. Dienstverhältnis oder in einem Eigentümer-, Miteigentümer- oder Pachtverhältnis zum Betrieb, Unternehmen oder zur Arbeitsstätte stehen (Definition gem. Bundesamt für Statistik). Die Definition wird für den öffentlichen Dienst analog angewandt.

II. Angaben zu den Ausbildungsbetrieben und zu den Auszubildenden

Namen und Anschrift aller weiteren am Verbund beteiligten Unternehmen (ggfs. auf separatem Blatt):

Lfd. Nr.	Name	Anschrift
1.		
2.		
3.		
4.		
5.		

Angaben zu den Auszubildenden (ggfs. auf separatem Blatt):

Lfd. Nr.	Name und Anschrift des Auszubildenden (soweit bereits bekannt)	Ausbildungsberuf	Ausbildungsdauer vom...bis...
1.			
2.			
3.			
4.			
5.			

Beantragte Förderung

Anzahl der Ausbildungsplätze	Fördersumme pro Ausbildungsplatz	Summe in €
	4.500 € (1. Ausbildung im Verbund)	
	3.000 € (2. Ausbildung im Verbund)	
	1.500 € (3. Ausbildung im Verbund)	
	Summe	

III. Erklärung

1. Mit der Maßnahme (Beginn der Ausbildung) wurde noch nicht begonnen.
2. Die Angaben in diesem Antrag einschl. Antragsunterlagen sind vollständig und richtig.
3. Es wird zur Kenntnis genommen, dass alle Angaben im Rahmen des Antragverfahrens, von denen die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung oder das Belassen der Zuwendung abhängig sind, im Sinne des § 264 StGB in Verbindung mit § 1 Landessubventionsgesetz subventionserhebliche Tatsachen sind und Subventionsbezug eine strafbare Handlung darstellt.

(Ort, Datum)

(rechtsverbindliche Unterschrift
des Vertreters des Verbundes)